

Tarnung Imam

Integration Nach den Spitzelvorfürfen gegen Geistliche aus Ditib-Moscheen macht sich Angst unter den Opfern breit. Auch der türkische Geheimdienst MIT spioniert in Deutschland für Erdogan.

Seine Predigten klangen warm und voller Mitgefühl. „Sind wir denn nicht alle auf Erden ein Mitglied der großen Menschheitsfamilie?“, fragte Hasan A., Imam im rheinland-pfälzischen Fürth, beim Freitagsgebet. Er rief die Gläubigen zum friedlichen Zusammenleben auf. „Warum können wir uns nicht vertrauen?“, fragte der Geistliche, dessen Moschee zum islamisch-türkischen Dachverband Ditib gehört.

Monate später, Ende September vergangenen Jahres, erstellte Hasan A. eine Liste. Er nannte Männer und Frauen, die er für Mitglieder der Bewegung des islamistischen Predigers Fethullah Gülen hält. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan macht Gülen und seine Anhänger für den Putschversuch am 15. Juli vorigen Jahres verantwortlich. Er nennt sie Terroristen.

Sieben Namen und kurze Biografien lieferte der Imam aus der deutschen Provinz für einen Bericht an das Präsidium für religiöse Angelegenheiten in Ankara, samt persönlicher Kommentare: „Wahrt nach dem Putschversuch völlig unverändert seine Einstellung“, hieß es über einen Mann. Und über eine Frau: „Über sie wird gesagt, sie habe noch immer eine emotionale Bindung an die Bewegung. Sie ist Hausfrau.“ Belege dafür, dass es sich tatsächlich um Gülen-Anhänger handelte, blieb der Imam schuldig. Der warme Menschenfreund erwies sich offenbar als kalter Denunziant.

Am vergangenen Mittwoch durchsuchten Polizeibeamte die Wohnung des Imam, auch die Räume von drei anderen Geistlichen in Nordrhein-Westfalen. Die Ermittler trafen keinen der Männer an, sie hatten sich offenbar in die Türkei abgesetzt. Eine Anfrage nach Kontakt zum Imam beantwortete der Ditib-Landesverband nicht. Die Beamten nahmen Papiere, Computer, Festplatten und USB-Sticks mit. Der Generalbundesanwalt wirft den Geistlichen „geheimdienstliche Agententätigkeit“ vor. Sie seien, so der Verdacht, de facto Spione der türkischen Regierung.

Die Razzia markiert einen neuen Tiefpunkt in den ohnehin fragilen deutsch-türkischen Beziehungen. Erst Anfang des Monats war Kanzlerin Angela Merkel wieder einmal nach Ankara gereist, um Erdogan daran zu erinnern, sich an den im Frühjahr 2016 geschlossenen Flüchtlingsdeal zu halten.

Und nun sucht die Bundesanwaltschaft nach Belegen dafür, dass Erdogans langer

Arm politische Gegner sogar in Deutschland verfolgen lässt. Die Ermittlungen richteten sich gegen 16 Beschuldigte. Es trifft ausgerechnet einen Verband, der bislang für die deutsche Politik als der wichtigste Partner galt in der Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinden, beim Islamunterricht in den Schulen. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), zeigte sich entsetzt über die Spionagevorwürfe. Zugleich riet sie, den Dialog mit Ditib nicht abrupt ganz abubrechen. Dafür sei der Verband mit seinen rund 900 Moscheen zu wichtig. Aber kann man mit einer Institution zusammenarbeiten, in der Imame wie Geheimagenten operieren?

Tatsächlich überdenken viele Bundesländer ihre Zusammenarbeit mit Ditib: In Nordrhein-Westfalen etwa hatte die Landesregierung Ditib aufgefordert, den Sitz im Beirat für den Religiösen Islamunterricht ruhen zu lassen. In Rheinland-Pfalz sind Gespräche über eine engere Kooperation ausgesetzt. In Bremen betont man die „Staatsferne“ des Verbands als Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der Linken, fordert, die Kooperation mit Ditib zu beenden. Mit einer „Organisation, die eine politische Außenstelle Erdogans ist“, könne der Staat nicht zusammenarbeiten.

Die türkische Regierung nennt die Gülen-Bewegung Fetö, das Kürzel steht für „Fethullahistische Terrororganisation“. Dass Gülen tatsächlich hinter dem Putsch steht, hat Ankara bis heute nicht belegen können. Das hindert die Regierung nicht daran, mutmaßliche Anhänger jagen und diffamieren zu lassen.

Das Schreiben trägt das Datum vom 20. September 2016: Darin fordert die oberste Religionsbehörde die Botschaften und Generalkonsulate der Türkei auf, innerhalb einer Woche detaillierte Berichte über Organisationsstrukturen und Aktivitäten der Fetö zu schicken. Viele der Diplomaten erfüllten ihre Aufgabe pünktlich und penibel, wie die Berichte aus mehreren Konsulaten zeigen, die dem SPIEGEL vorliegen. Die Papiere gingen auch an einen Untersuchungsausschuss des türkischen Parlaments, der sich mit dem Putschversuch befasst.

Nachdem erstmals die regierungskritische Zeitung „Cumhuriyet“ über die Spitzeleien berichtet hatte, stellte der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck im

Dezember Strafanzeige und übergab Belege dazu an die Bundesanwaltschaft. Nun kritisiert er, dass die Strafverfolger so zögerlich waren. „Die Durchsuchungen kamen zu spät. Durch die Trödelei wurde billigend in Kauf genommen, dass sich mehrere Tatverdächtige in die Türkei absetzen konnten.“

Untätig waren die Ermittler in der Zwischenzeit allerdings nicht. Der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz lieferten Erkenntnisse nach Karlsruhe. Dadurch kamen die Bundesanwälte zu dem Schluss, dass die Papiere „mithilfe nachrichtendienstlicher Methoden und zu Zwecken ähnlich jenem eines Geheimdienstes“ entstanden seien. Damit war der Weg frei für ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der „geheimdienstlichen Agententätigkeit“, kurz: Spionage. Zwar sind weder die türkische Religionsbehörde noch Ditib Geheimdienste, doch wenn sie wie ein Geheimdienst arbeiten, können ihre Mitarbeiter verfolgt werden.

Gegen sechs Imame waren die Anschuldigungen so gravierend, dass die Bundesanwaltschaft am 25. Januar Haftbefehle beantragte. Diese lehnte der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof ab: Es bestehe „kein dringender Tatverdacht“. Auch als die Bundesanwälte die Telefone von Beschuldigten abhören ließen, ergaben sich keine neuen Beweise. So blieb am Ende nur die Razzia.

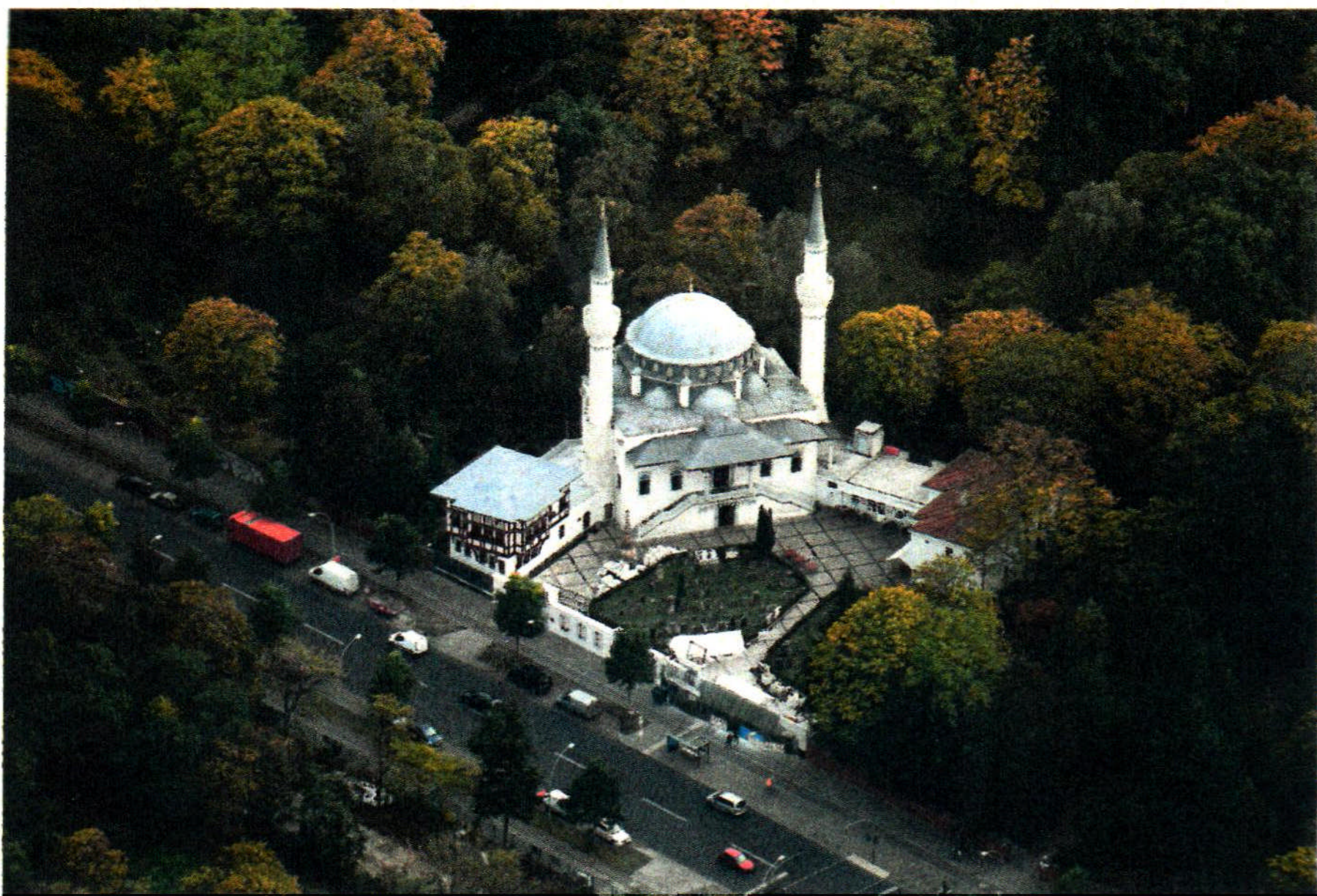
Solche teilweise sehr detailliert geschriebenen Spitzelberichte gibt es nicht nur aus deutschen Regionen. Dem SPIEGEL liegen auch aus anderen europäischen Ländern wie Österreich, der Schweiz, Belgien und den Niederlanden Berichte über Gülen-Anhänger vor, die von den Botschaften und Generalkonsulaten an das Präsidium für religiöse Angelegenheiten nach Ankara geschickt wurden. Übermittelt wurden nicht nur Namen von Personen, sondern auch Hinweise auf Schulen, Kitas, Kultur- und Studentenvereine, die angeblich von der Gülen-Bewegung betrieben werden. In Österreich warnten die Verfasser vor einer „Unterwanderung“ durch die „Fetö“. Die Botschaft Bern mutmaßte, „gewaltbereite Aktivisten“ der Gülen-Bewegung seien aus der Türkei geflohen und hätten sich in der Schweiz „festgesetzt“.

Im nordrhein-westfälischen Engelskirchen trug Imam Musa A. die Namen von 16 Frauen und Männern zusammen, die Spenden für den „Fetö-Terror“ gesammelt



THILO SCHMUELGEM / REUTERS

Ditiib-Sekretär Bekir Alboga: Ermittlungen richten sich nicht gegen den Verband



ROBERT GRAHN / EUROLUFTBILD.DE / AKG

Sehlik-Moschee in Berlin: Vorstände abgesetzt



DEFO PHOTOS / IMAGO

Pro-Erdogan-Demonstranten mit Gülen-Puppe in Istanbul: Gejagt und diffamiert

hätten. Er nannte auch deren Heimatorte in der Türkei.

Dabei gab der eifrige Imam in seinem Papier unbeabsichtigt einen womöglich wichtigen Hinweis für die Ermittler: Da er neu berufen sei, so schreibt Musa A., stützten sich seine Informationen auf die Angaben „eines vorherigen Religionsbediensteten“. Die Spitzelei könnte schon länger Praxis sein.

Dogan E., dessen Wohnung am Mittwoch ebenfalls durchsucht wurde, setzte sich als stellvertretender Ditiib-Koordinator im Raum Siegburg/Bonn öffentlich für das Miteinander von Christen und Muslimen ein. Noch im Dezember ließ er sich für die Zeitung mit einem evangelischen Pfarrer ablichten. Für die türkische Religionsbehörde allerdings berichtete er nicht nur über angebliche Gülen-Anhänger, sondern auch über Strukturen der als Terrororganisation verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Der Imam Nizamettin S. aus Bergneustadt schließlich berichtete über eine Einrichtung namens „Aktive Lernhilfe“ und bezeichnete diese als „Hort des Bösen“.

Die Berichte zeigen, wie der Machtapparat Erdogans in die deutsche Gesellschaft eindringt und die türkische Gemeinschaft hier zu spalten versucht, bisher weitgehend ungehindert von den deutschen Behörden. Bei den Opfern macht sich zunehmend Angst breit manche fürchten Gewalt.

Solingen, Mitte Juli vergangenen Jahres. Am Morgen nach dem Putsch will Yilmaz Gize* Tomaten kaufen, als ein Mann auf ihn deutet, „du Terrorist!“ Gize ruft: „Halt deinen Mund.“ Eine Prügelei bahnt sich an. Die Frauen trennen die Männer und ziehen sie in den Laden. Vor der Fleischtheke entdeckt der Mann Gize wieder. Er schreit: „Wisst ihr, wer das ist? Das ist der größte Fetö!“ Dass Gize mit Gülen sympathisiert, glaubt auch ein Moschee-Vertreter aus Wuppertal. In seinem Bericht nennt er eine Schule nahe Solingen, in deren Trägerverein er aktiv ist.

Yilmaz Gize, ein Mann mit schmalen Schultern und wachen Augen, sitzt im Hinterzimmer seiner Apotheke. Früher hätten viele türkischstämmige Solinger ihre Medikamente bei ihm gekauft, erzählt er. „Seit dem Putsch kommt kein Erdogan-Anhänger mehr.“ Wenn er durch die Stadt spaziert, erkennen ihn die Leute. Jene, die ihn sonst freundlich grüßten, würden sich nun wegrehen. „Das ist sehr, sehr übel“, sagt Gize, während seine Hände über den weißen Kittel streichen.

Wer als Gülen-Anhänger gilt und möglicherweise auf einer der Listen steht, verliert nicht nur Kunden und Freunde. Er verliert auch seine Freiheit. Gize reist nicht mehr in die Türkei. Als neulich dort der

* Name geändert.

Vater seiner Frau starb, blieben sie in Sölingen. Zu groß die Angst, festgenommen zu werden.

Auch Ali Eren* hat Angst, um sich und seine Familie. Eren ist einer von fünf Lehrern aus Nordrhein-Westfalen, die mutmaßlich ausgespäht wurden. Er ist deutscher Beamter und unterrichtet an einer Schule im Ruhrgebiet. Derzeit traut er sich nicht mal mehr zum Gebet in seine Stamm-Moschee.

Eren erfuhr schon vor Weihnachten bei einem Gespräch in der Schulbehörde, dass er den türkischen Behörden als angeblicher Gülen-Anhänger gemeldet worden sei. Wer ihn angeschwärzt hat, sei ihm nicht gesagt worden. Vor wenigen Tagen habe sich dann noch der Staatsschutz gemeldet. Er solle aufpassen, sich aber auch nicht verrückt machen, habe der Polizist ihm geraten. „Plötzlich wird man zum Opfer von Diffamierung und Denunziation“, sagt Eren. Dabei habe er noch nicht mal Verbindungen zur Gülen-Bewegung.

Wer ist Freund, wer ein Feind? Danach sortiert die Erdogan-Regierung die Bürger längst nicht mehr nur in der Türkei aus. Um ihre vermeintlichen Gegner in Deutschland ausfindig zu machen, bedient sie sich auch ihres mächtigen Geheimdienstes MIT.

Die deutschen Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass in Deutschland rund 150 MIT-Mitarbeiter an der türkischen Botschaft und den Konsulaten arbeiten. Dazu eine große Zahl von Erdogan-Fans, die sich als Zuträger für den Dienst verdient machen wollen. In einigen Fällen habe die Türkei sogar versucht, ehemalige oder aktive MIT-Agenten in deutsche Behörden einzuschleusen.

Ab und an verfährt sich ein solcher Agent im Netz der deutschen Spionageabwehr: wie der 31-jährige Türke S., der im Dezember in Hamburg festgenommen wurde, weil er für den MIT in Deutschland gespitzelt haben soll. Er soll sich vor allem um Informationen über Kurden bemüht haben. Oder wie Muhammed Taha Gergerlioglu, der als angeblicher Kopf einer Spitzelzelle verdächtigt wurde. Über ein Jahr lang soll sie in Deutschland türkische Oppositionelle fotografiert und be-lauscht haben.

Die Bundesanwaltschaft hatte Gergerlioglu sowie seine mutmaßlichen Zuträger wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit angeklagt. Weil die nach Ankara übermittelten Informationen sich im Wesentlichen nicht auf Deutsche bezogen hatten, entschied das

Oberlandesgericht Koblenz: Das Verhalten der Angeklagten sei nicht als eine gegen die Bundesrepublik gerichtete Spionage-tätigkeit zu werten.

Deutsche Behördenmitarbeiter erleben zunehmenden Druck durch ihre türkischen Kollegen. Diese würden sie regelrecht bedrängen, gegen vermeintliche Gülen-Anhänger vorzugehen, sagt ein leitender Beamter. Es seien Fälle bekannt, „in denen Entscheidungsträger darum gebeten werden, in Deutschland aktive oppositionelle Gruppierungen einer aktuellen Bewertung zu unterziehen und entsprechende Maßnahmen zu treffen“, heißt es in einer vertraulichen Analyse des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Eine interne Analyse aus dem Bundesinnenministerium vom Oktober 2016 beschreibt einen alarmierenden Befund: „Es muss ermittelt werden, ob und inwiefern der türkische Geheimdienst MIT mittels nachrichtendienstlicher Einflussoperationen versucht, getarnt in die Willensbildung von deutschen Institutionen einzugreifen und die öffentliche Meinung unter anderem durch Desinformation zu lenken.“

Obwohl die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, kurz Ditib, ein 1984 in Köln gegründeter Verein nach deutschem Vereinsrecht ist, hat Ankara dennoch direkten Einfluss auf die rund 900 Moscheevereine. Das liegt an der eng verflochtenen Struktur mit der türkischen Religionsbehörde Diyanet. Diese finanziert und entsendet die Imame, von denen es mehr als 900 in Deutschland gibt. Zudem ist der Ditib Vorsitzende gleichzeitig Angehöriger der türkischen Botschaft. Die Reli-

gionsattachés in den Konsulaten steuern die Ditib-Arbeit in ihrer Region, trotz der gewählten Vorstände in den Vereinen.

Ditib ist ein wichtiger Baustein im Werben des türkischen Präsidenten um die Staatsbürger im Ausland. „Wo immer einer unserer Landsleute ist, da sind auch wir“, ist Erdogans Leitspruch. Ditib wiederum ist auf die verbeamteten Import-Imame von Diyanet angewiesen, sonst könnte es seinen Betrieb nicht aufrechterhalten. Dafür nimmt der Verband offenbar politische Einflussnahme in Kauf. In einer Reaktion auf die Durchsuchungen betont der Verband: Die Maßnahmen des Generalbundesanwalts hätten sich nicht gegen den Ditib-Verband, seine Moscheen oder Mitarbeiter gerichtet, es seien nur die Privatwohnungen der Geistlichen durchsucht worden.

Baskin Oran, Politikwissenschaftler an der Universität in Ankara, sagt, Erdogan betrachte Ditib als ein Instrument, um seine Herrschaft über die Türkei hinweg auszudehnen. „Die Regierung macht das in der Türkei genauso. Das System Erdogan beruht auf Spionage.“ So verwundert es nicht, dass die Religionsbehörde Diyanet die „Anschuldigungen nicht akzeptieren“ kann, wie Diyanet-Chef Mehmet Görmez sagte. Die beschuldigten Imame würden lediglich Gläubige vor der Gülen-Bewegung schützen.

Mit dem Start der Deutschen Islam Konferenz vor gut zehn Jahren hatten sich deutsche Politiker Hoffnungen gemacht, dass sich die engen Bande des Vereins zu Ankara lockern könnten und Ditib zu einem unabhängigen Dachverband werden könnte. Immer mehr Ditib-Imame begannen, zumindest leidlich Deutsch zu spre-

chen. In mehreren Bundesländern beteiligte sich der Verband am Islamunterricht in den Schulen, in Hessen wurde er offiziell als Religionsgemeinschaft anerkannt.

Doch spätestens seit dem Putschversuch nutzt Ankara seinen Einfluss auf Ditib, um die modernen Ansätze wieder zu unterbinden und stattdessen nationalistische Elemente zu stärken. Die Sehitlik-Moschee in Berlin-Neukölln ist dafür ein Beispiel.

Bis vor Kurzem galt sie als innovatives Vorbild. Mit Gesprächskreisen für junge Leute, die auch mal Themen wie Homosexualität behandelten. Mit Vorträgen und Führungen, in denen allein 10 000 Berliner Polizisten mit Moscheeleben vertraut gemacht wurden. Mit einem einzigartigen Präventionsprogramm gegen salafistische Radikalisierung.

Ditib Die Organisation des türkisch-islamischen Dachverbands



Zentrale Aufgaben
u. a. religiöse Dienste,
Förder- und Bildungs-
programme, Beratung
und Seelsorge,
Bau von Moscheen
in deutschen Städten

Vorstand, Religionsrat und Religiöse Beiräte
Der Vorstandsvorsitzende ist gleichzeitig Religionsattaché.

**15 Landes-
und Regionalverbände**

über 900 Moscheevereine

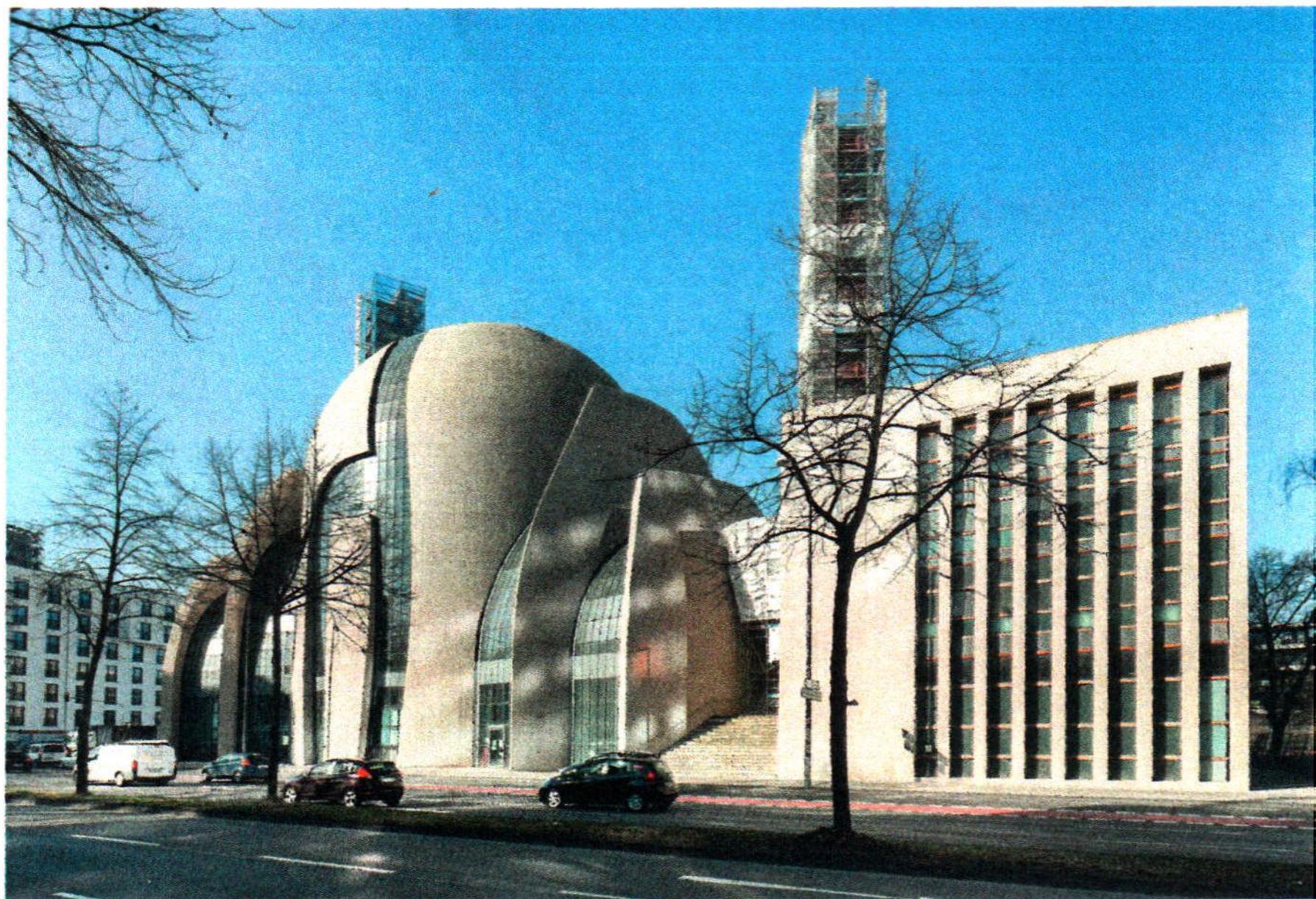
906 Imame und 116 weibliche Islamgelehrte

Diyanet
türkische Religions-
behörde in Ankara;
untersteht dem
türkischen Minister-
präsidenten

bildet
aus und
entsendet
Imame

→ melden
Bedarf
an Islam-
gelehrten

Religionsattaché
türkische Botschaft
in Berlin



GUIDO SCHIEFER / EPD

Ditib-Zentralmoschee in Köln: Wichtigster Partner für die Politik



KAYHAN OZER / ANADOLU AGENCY / DDP IMAGES

Präsident Erdogan, Geheimdienstchef Hakan Fidan: Agenten in deutsche Behörden?

Am 10. Dezember allerdings war es mit dem Reformprozess vorbei. Der Religionsattaché erschien zur Vorstandswahl überraschend mit einer neuen Kandidatenliste. Von den alten Vorständen war keiner mehr genannt, sie wurden abgesetzt.

Nach und nach schafft der neue Vorstand nun die fortschrittlichen Angebote wieder ab. So steht es jedenfalls in einem Brandbrief, den junge Mitglieder an den Botschaftsrat der Ditib geschrieben haben. Der neue Attaché wolle, „dass wir unsere Beziehungen zu deutschen Organisationen auf ein Minimum zurückfahren“, heißt es. „Die Verbitterung nimmt zu. Jugendliche entfremden sich von unserer Moschee.“

Verfassungsschützer warnen schon länger vor extremistischen Strömungen in eifrigen Ditib-Moscheen. Man müsse sich nur die Buchbestände in so manchem Moscheevereiner ansehen, sagt ein Beamter. „Da erkennen Sie kaum einen Unterschied zur Lektüre der salafistischen Extremisten.“

Auch einige Äußerungen von Ditib-Vertretern ähneln jenen, die man von islamistischen Hasspredigern kennt. So warnte die Ditib-Moschee im oberschwäbischen Bad Waldsee Ende des Jahres auf ihrer Facebook-Seite: „Haltet Euch ja fern von den Feiertagen der Feinde Allahs!“

Als sich Gemeindemitglieder beschwerten und etwa erzählten, sie würden ja auch zusammen mit ihren deutschen Freunden die muslimischen Feste feiern, weist ein Mitarbeiter der Ditib-Moschee sie umgehend zurecht: „Schauen Sie sich Sure 51 an. Ihr könnt euch mit ihnen zusammensetzen, ihr könnt Handel mit ihnen treiben, aber ihr könnt niemals Freunde sein.“

Ähnlich feindselig gegen die christliche Tradition klingt der Imam im badischen Bad Säckingen. Der Geistliche, vor sechs Jahren aus Ankara nach Deutschland entsandt, ist in den sozialen Netzwerken sehr umtriebig. Er stellt seine Predigten auf You-

Tube und bestückt seine Facebook-Seite mit Anweisungen und Lebensweisheiten. Im Dezember rief er dazu auf, nicht mehr in Geschäften einzukaufen, die weihnachtlich geschmückt sind. Schwule und Lesben bezeichnet er als „Homosexuell-Perverse“; Frauen, die unverschleiert sind oder Hosen tragen, sind ihm ein Dorn im Auge, weil sie sich gebärdeten wie Männer.

Sedat Simsek sitzt in seinem Büro vor einem Ständer mit drei kleinen Flaggen, der türkischen, der deutschen und der europäischen. Sie symbolisieren ganz gut, in welcher Zwickmühle der Vorsitzende der Ditib-Nord sitzt. Zu dem Verband gehören 35 Moscheegemeinden in Hamburg und Schleswig-Holstein. Nein, sagt Simsek, Denunziationen heiße er nicht gut. Nein, eine Steuerung durch Ankara wolle keiner. Nein, ein integrationsfeindliches Klima gebe es bei Ditib nicht. Es seien ein paar schwarze Schafe, über die alle redeten. Simsek spricht fließend Deutsch. Er war vier Jahre alt, als er aus der türkischen Schwarzmeerregion nach Deutschland kam, mittlerweile ist er deutscher Staatsbürger. Simsek hat Angst, dass die deutsche Politik Ditib als Kooperationspartner fallen lässt. „Das wäre eine Katastrophe.“ Wie viele der in Deutschland geborenen oder aufgewachsenen Ditib Vorstände ist Simsek indes unzufrieden mit der Struktur der Organisation. „Es gibt viele, die daran etwas ändern wollen. Die Muslime in Deutschland brauchen Imame, die sich mit dem Leben hier auskennen und nicht nur mit dem in der Türkei.“

Tatsächlich formt sich unter den jungen Ditib-Mitgliedern derzeit Widerstand gegen die Bevormundung aus Ankara. Sie überlegen, eine eigene Akademie zu gründen, eine Art Thinktank für progressive Muslime. Uli Grötsch, SPD-Innenpolitiker und Initiator der ersten SPD-Islamkonferenz, die im Januar in Berlin stattfand, unterstützt die Reformkräfte: „Ditib muss sich von Diyanet lösen. Für diesen Prozess braucht es aber Dialog und Unterstützung. Unabhängig davon müssen die progressiven Kräfte und deren Engagement gestärkt und handlungsfähig gemacht werden.“

Aydan Özoguz, die Integrationsbeauftragte der Regierung, sieht ebenfalls nur einen Weg: Der Verband müsse sich von Ankara abnabeln. „Der türkische Staat darf nicht das Vorstandspersonal eines deutschen Islamverbands stellen.“ Auch die Imame müssten langfristig nicht mehr aus Ankara entsandt werden. „Spätestens in zehn Jahren sollten bei Ditib nur noch in Deutschland ausgebildete Imame predigen.“ Aus der türkischen Hauptstadt gibt es dafür allerdings derzeit kein Signal.

Maik Baumgärtner, Eren Caylan, Jörg Diehl, Katrin Elger, Martin Knobbe, Maximilian Popp, Jörg Schindler, Fidelius Schmid, Nico Schmidt, Wolf Wiedmann-Schmidt